

Bericht

des Budgetausschusses

über die Regierungsvorlage (39 der Beilagen): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlags für das Jahr 2007 (Bundesfinanzgesetz 2007 – BFG 2007) samt Anlagen

Die Bundesregierung hat dem Nationalrat am 29. März 2007 die Entwürfe der Bundesfinanzgesetze für das Jahr 2007 und für das Jahr 2008 vorgelegt.

1. Bundesvoranschlagsentwurf 2007 und Bundesvoranschlagsentwurf 2008 im Überblick

Die Bundesvoranschlagsentwürfe (BVA-E) für 2007 und 2008 sind auf eine schrittweise Rückführung des Gebarungsausganges im Bundeshaushalt ausgerichtet. Gleichzeitig wird durch verstärkte Zukunftsinvestitionen in Forschung, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft erhöht werden.

Im BVA-E 2007 sind im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 69,57 Mrd. € und Einnahmen von 65,71 Mrd. € vorgesehen. Der veranschlagte administrative Nettoabgang beträgt 3,86 Mrd. € oder rund 1,45% des Bruttoinlandsprodukts und liegt damit unter dem des Jahres 2006 (vorl. Erfolg 2006: 4,42 Mrd. € oder rund 1,7% des BIP). Die Ausgaben des BVA-E liegen um 1,3% unter dem vorläufigen Erfolg 2006, die Einnahmen um 0,6%. Der Ausgleichshaushalt sieht für 2007 Ausgaben von 87,53 Mrd. € vor. Die Einnahmen im Ausgleichshaushalt betragen 91,39 Mrd. €. Der Einnahmenüberhang entspricht dem geplanten administrativen Abgang.

Der BVA-E 2008 weist im allgemeinen Haushalt Ausgaben von 69,87 Mrd. € und Einnahmen von 66,91 Mrd. € aus. Das ergibt einen Abgang von 2,96 Mrd. € oder rund 1,07% des BIP. Die Ausgaben sind um 0,4% höher veranschlagt als für 2007. Die Einnahmen steigen um 1,8%. Im Ausgleichshaushalt 2008 sind die Ausgaben mit 77,81 Mrd. € präliminiert. Die Einnahmen des Ausgleichshaushalts sind mit 80,77 Mrd. € budgetiert. Der Überschuss in Höhe von 2,96 Mrd. € entspricht wieder dem Abgang im allgemeinen Haushalt.

In der Darstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung betrug das Maastricht-Defizit des Bundes 2006 1,5% des BIP. Dieses soll 2007 auf 1,3% und 2008 weiter auf 1,2% des BIP sinken. Unter Einbeziehung der übrigen öffentlichen Körperschaften soll das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit von rund 1,1% des BIP im Jahr 2006 auf 0,9% im Jahr 2007 und 0,7% im Jahr 2008 sinken und ist damit niedriger als im Regierungsprogramm vorgesehen. Die gesamtstaatliche Verschuldungsquote kann damit von 62,2% des BIP im Jahr 2006 auf 61,2% im Jahr 2007 und 59,9% im Jahr 2008 sinken.

Trotz der restriktiven Ausgabenpolitik, die in den moderaten Ausgabensteigerungen klar zum Ausdruck kommt, werden in den Budgets 2007 und 2008 die Ausgaben für die zukunftsorientierten Bereiche Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft, soziale Absicherung und Familie sowie für die Infrastruktur deutlich erhöht:

- Für den Bereich Forschung und Entwicklung stehen neben den Mitteln aus den bisherigen Forschungsoffensiven in Höhe von 295 Mio. € 2007 zusätzlich 40 Mio. € und 2008 80 Mio. € zur Verfügung.

- Für den Bereich Bildung werden 2007 zusätzlich 50 Mio. € und 2008 145 Mio. € eingesetzt. Diese Mittel werden für die Senkung der Klassenschülerzahlen in den 1. Klassen der Volksschulen, Hauptschulen, Polytechnischen Schulen und der AHS-Unterstufe, für „Lebenslanges Lernen“, diverse Fördermaßnahmen und Erhöhung der Schülerbeihilfen verwendet,
- Die Universitäten erhalten 2007 um rund 172 Mio. € mehr als im Jahr 2006. Dieser Betrag wird 2008 nochmals um 25 Mio. € erhöht.
- Die Mindestpensionen wurden bereits per 1. Jänner 2007 auf 726 € monatlich (14-mal im Jahr) erhöht. Diese Anhebung ist in den beiden Budgets mit je 118 Mio. € veranschlagt. Insgesamt stehen 2007 für die soziale Absicherung 185 Mio. € zusätzlich zur Verfügung; 2008 sind es 260 Mio. €
- Im Bereich der Familienförderung wird 2007 die monatliche Beitragsgrundlage für Kindererziehungszeiten rückwirkend ab 2006 erhöht. Für Geburten ab 1. Jänner 2008 erfolgt eine Flexibilisierung des Kindergeldes, um den Eltern eine Wahlfreiheit zwischen zwei Varianten zu ermöglichen. In Zukunft kann neben der bisherigen Leistung von monatlich 436 € über einen Zeitraum von 36 Monaten das Kinderbetreuungsgeld auch über einen Zeitraum von 18 Monaten in Höhe von monatlich 800 € in Anspruch genommen werden. Gleichzeitig wird der Zuschlag zur Familienbeihilfe für das 3. Kind und jedes weitere Kind angehoben. Ebenso wird die Zuverdienstgrenze erhöht.
- Im Bereich der Pflege stehen die Sicherung der Qualität und eine an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte und leistbare Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen an erster Stelle.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik ist ein wichtiges Element einer umfassenden und koordinierten Strategie zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und Schaffung neuer Beschäftigung. In den Jahren 2007 und 2008 werden für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik jährlich rund 1,8 Mrd. € eingesetzt, und zwar vorwiegend bei beruflicher Aus- und Weiterbildung, Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie Lohnkostenzuschüsse zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt.
- Die Ausgaben für Umwelt werden 2007 gegenüber 2006 um fast 100 Mio. € aufgestockt und 2008 noch einmal um 27 Mio. € gegenüber 2007.
- Mit der Anhebung der Mineralölsteuer werden wirtschaftliche Anreize zu einem sparsamen Ressourcenverbrauch gesetzt. Gleichzeitig soll ein Teil des Mehraufkommens an Steuermitteln zur Finanzierung der Infrastruktur (ÖBB, ASFINAG) verwendet werden.
- 2007 fallen die ersten Raten für die Eurofighter an. Inklusive der Betriebskosten sind für die Eurofighter 2007 467 Mio. € und 2008 250 Mio. € zusätzlich veranschlagt.
- Die Schwerpunkte der Einsparungen liegen auf einer restriktiven Personalpolitik und einer äußersten Zurückhaltung bei den gestaltbaren Ermessensausgaben. Der Personalstand soll kontinuierlich sinken, indem der natürliche Abgang nur sehr beschränkt nachbesetzt wird. Die Planstellen werden 2007 um 833 und 2008 um 631 Stellen gekürzt, beide Jahre zusammen also um 1.464 Planstellen. Eine allfällige Gehaltsanpassung für 2008 wurde, wie auch in der Vergangenheit üblich, nicht budgetiert. Weiters sollen die Ausgaben für Nebengebühren in der Dynamik eingebremst werden. Die geplante Ressourcenverknappung erfordert eine Verbesserung der Personalbewirtschaftung des Bundes und die Unterstützung des Personaleinsatzes im Rahmen sich verändernder Aufgabenstellungen des Bundes. Es ist daher beabsichtigt, eine zentrale, koordinierende Einrichtung zu schaffen, die insbesondere Aufgaben der Personalvermittlung im gesamten Bundesbereich übernehmen wird. Weiters wird die Verwaltungsreform vorangetrieben.

Insgesamt ergibt sich daher folgendes Bild:

	Allgemeiner Haushalt			Ausgleichshaushalt			Gesamthaushalt		
	v.Erf. 2006	BVA 2007	BVA 2008	v.Erf. 2006	BVA 2007	BVA 2008	v.Erf. 2006	BVA 2007	BVA 2008
Ausgaben	70.519	69.574	69.869	39.090	87.530	77.813	109.609	157.104	147.682
Einnahmen	66.103	65.712	66.909	43.506	91.392	80.773	109.609	157.104	147.682
Abgang	4.416	3.862	2.960						
Überschuss				4.416	3.862	2.960			

2. Budgetpolitische Ausrichtung

Die Budgetpolitik der Bundesregierung orientiert sich an den Zielsetzungen, wie sie im Regierungsprogramm für diese Legislaturperiode festgelegt sind. Besondere Schwerpunkte sind:

- Erzielen eines ausgeglichenen Haushalts über den Konjunkturzyklus
- Forcieren von Investitionen in den Bereichen F&E, Infrastruktur, Bildung und Universitäten sowie Soziales für mehr Wachstum und Beschäftigung
- Fortsetzen der Strukturreformen im Bereich der öffentlichen Verwaltung, der Wettbewerbspolitik und des Arbeitsmarktes, um die dadurch erzielten Einsparungen in Form einer zukünftigen Steuerreform an die ÖsterreicherInnen weiterzugeben.

Bis Ende 2009 soll für den Gesamtstaat (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger) wieder ein nahezu ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Dabei sollen die Haushalte der Länder und Gemeinden einen Überschuss von rund 0,5% des Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und die der Sozialversicherungsträger ausgeglichen sein.

Mit diesem Konsolidierungspfad kann der öffentliche Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bereits 2008 auf unter 60% gesenkt werden.

Die Budgetpolitik ist daher wie die Steuerpolitik verstärkt auf die Unterstützung des Strukturwandels ausgerichtet. Es gilt, Forschung und Entwicklung zu fördern, die Qualifikationen der österreichischen Bevölkerung und ihre Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen sowie die Infrastruktur weiter auszubauen. Nur so kann Österreich, das in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich hohe Produktivitätsfortschritte verzeichnen konnte, weiterhin hochwertige stabile Arbeitsplätze sicherstellen. Weiters soll Österreichs bewährtes System sozialer Sicherheit und Fairness weiter ausgebaut, der Armutsgefährdung wirksam begegnet und die hohe Lebens- und Umweltqualität in Österreich erhalten werden.

Das Regierungsprogramm sieht in diesen prioritären Aufgabenbereichen eine entsprechende Aufstockung der budgetären Mittel vor:

- Die bestehenden Budgets für Forschung und Entwicklung werden um insgesamt 800 Mio. € aufgestockt. Damit kann die Forschungsquote, die derzeit bei 2,43% liegt, bis 2010 auf 3% steigen.
- Die jährlichen Bildungsausgaben werden um bis zu 200 Mio. € erhöht, insgesamt um 575 Mio. €
- Die Universitäten erhalten für die Basisausstattung und Infrastruktur jährlich um über 200 Mio. € mehr an Mitteln; insgesamt 1 Mrd. € Dies entspricht einem Zuwachs von über 10% im Jahr 2007 gegenüber 2006.
- In den Ausbau von Schieneninfrastruktur und des hochrangigen Straßennetzes sollen in dieser Legislaturperiode rund 10,5 Mrd. € investiert werden.
- Die Mittel für die soziale Sicherheit und Armutsbekämpfung werden in dieser Legislaturperiode insgesamt um 1,2 Mrd. € erhöht.
- Die Sondermittel für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Höhe von jährlich über 200 Mio. € werden beibehalten.

- Mehr Mittel für Umwelt- und Klimaschutz und Errichtung eines Energie- und Klimaschutzfonds.

3. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Budgets 2007 und 2008 gestalten sich durchaus günstig. Nach einem Anstieg des BIP um real 3¼% gegenüber dem Vorjahr im Jahr 2006, wird für 2007 ein Wachstum von 2¾% erwartet. 2008 rechnete das WIFO im Dezember 2006 mit einem Wachstum von 2¼%. Das Institut für Höhere Studien (IHS) rechnet mit einem ähnlichen Verlauf, doch sieht es die BIP-Wachstumsraten 2007 bei 2,6% und 2008 bei 2,4%.

Der private Konsum sollte stetig mit real etwa 2% pro Jahr (nominell + 3¾%) wachsen. Eine ungebrochene Expansion sieht das WIFO bei den Bruttoanlageinvestitionen. Nach real über +5% im Jahr 2006 ist für 2007 eine Ausweitung in ähnlichem Ausmaß zu erwarten. Zwar verlangsamt sich der Anstieg der Bauinvestitionen von real 5% auf 3,7%, doch wird verstärkt in Ausrüstungen investiert (2006 +5½%, 2007 +6½%). 2008 schwächt sich das Wachstum beider Investitionskomponenten konjunkturbedingt ab (Bruttoanlageinvestitionen real +3½%).

Der Arbeitsmarkt hat 2006 deutlich auf die Konjunkturverbesserung reagiert. Die Zahl der Beschäftigten erhöht sich 2006 um über 50.000, und auch 2007 rechnen die Wirtschaftsforscher mit der Schaffung von rund 40.000 Arbeitsplätzen bzw. einem Zuwachs von 1,3%. Im Februar 2007 waren auch aufgrund der milden Witterung über 77.000 Personen mehr in Beschäftigung als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Im Jahr 2008 soll der Zuwachs auf +21.000 oder +0,7% abflachen. Obwohl sich das Arbeitskräfteangebot gemäß dem Trend der letzten Jahre weiter beträchtlich erhöhen sollte, dürfte die Arbeitslosigkeit, welche seit März 2006 abnimmt, weiter zurückgehen. 2006 war ein Teil des Rückgangs der Arbeitslosigkeit um 13.400 der Intensivierung der Schulungsmaßnahmen zuzuschreiben. 2007 ist mit einer nachfragegetriebenen Abnahme der Arbeitslosenzahl um rund 10.000 zu rechnen. 2008 würde sich eine weitere, aber kleinere Verringerung ergeben.

Der Budgetausschuss hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2007 samt dessen Anlagen in seinen Sitzungen am 13. April 2007 und am 20. April 2007 in Verhandlung genommen.

Am 13. April 2007 wurde ein öffentliches Hearing mit den Experten Dr. Oliver **Ginhör**, Professor Dr. Gerhard **Lehner**, o.Univ.-Prof. Mag. Dr. Dieter **Mandl**, Dr. Markus **Marterbauer** und Univ.-Prof. Dr. Herbert **Walther** durchgeführt.

An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Alexander Van der **Bellen**, Kai Jan **Krainer**, Alois **Gradauer**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Josef **Bucher**, Mag. Bruno **Rossmann**, Marianne **Hagenhofer**, Lutz **Weinzinger**, Dr. Ferdinand **Maier**, Dkfm. Dr. Hannes **Bauer**, Bernhard **Themessl**, Franz **Ebl**, Sonja **Ablinger**, Gabriele **Tamandl** sowie der Bundesminister für Finanzen Vizekanzler Mag. Wilhelm **Molterer** und der Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Dr. Christoph **Matznetter**.

Zur Vorbehandlung der Regierungsvorlage wurde am 13. April 2007 ein Unterausschuss im Verhältnis 10:10:3:3:1 gewählt. Zum Obmann des Unterausschusses des Budgetausschusses wurde Abgeordneter Jakob **Auer**, zu Stellvertretern wurden die Abgeordneten Ing. Kurt **Gartlehner**, Lutz **Weinzinger** und Dr. Peter **Sonnberger** gewählt. Die Funktion der Schriftführer/in übernahmen die Abgeordneten Rainer **Wimmer**, Edeltraud **Lentsch** und Mag. Bruno **Rossmann**.

Den Beratungen wurden gemäß § 35 Abs. 7 in Verbindung mit § 40 der Geschäftsordnung Mitglieder des Bundesrates im fraktionellen Verhältnis 3:3:1 beigezogen.

Die Verhandlungen im Unterausschuss waren vom 13. April 2007 bis 20. April 2007 wie folgt strukturiert:

Freitag, 13. April	13.30 – 14.30 Uhr	Oberste Organe
		Kapitel 02 Bundesgesetzgebung
		Kapitel 05 Volksanwaltschaft
		Kapitel 06 Rechnungshof
		Kapitel 01 Präsidentschaftskanzlei
		Kapitel 03 Verfassungsgerichtshof
		Kapitel 04 Verwaltungsgerichtshof

		Bundeskanzleramt
	14.30 – 16.00 Uhr	Kapitel 10 Bundeskanzleramt
	16.00 – 17.00 Uhr	Sport
	17.00 – 18.00 Uhr	Frauen
Montag, 16. April		Inneres
	9.00 – 12.00 Uhr	Kapitel 11 Inneres
		Europäische und internationale Angelegenheiten
	12.00 – 15.00 Uhr	Kapitel 20 Äußeres
		Verkehr, Innovation und Technologie
	15.00 – 16.30 Uhr	Kapitel 65 Verkehr,
	16.30 – 18.00 Uhr	Innovation und Technologie
Dienstag, 17. April		Unterricht, Kunst und Kultur
	9.00 – 11.00 Uhr	Kapitel 12 Unterricht
	11.00 – 12.00 Uhr	Kapitel 13 u.12 Kunst und Kultur
		Wissenschaft und Forschung
	12.00 – 15.00 Uhr	Kapitel 14 Wissenschaft und Forschung
		Justiz
	15.00 - 18.00 Uhr	Kapitel 30 Justiz
Mittwoch, 18. April		Gesundheit, Familie und Jugend
	9.00 – 11.00 Uhr	Kapitel 17 Gesundheit
	11.00 – 13.00 Uhr	Kapitel 19 Familie und Jugend
		Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
	13.00 – 15.00 Uhr	Kapitel 60 Land-, Forst- und Wasserwirtschaft
	15.00 – 17.00 Uhr	Kapitel 61 Umwelt
Donnerstag, 19. April		Landesverteidigung
	9.00 – 12.00 Uhr	Kapitel 40 Militärische Angelegenheiten
		Wirtschaft und Arbeit
	12.00 – 14.00 Uhr	Kapitel 63 Wirtschaft und
	14.00 – 16.00 Uhr	Arbeit
Freitag, 20. April		Soziales und Konsumentenschutz
	9.00 – 12.00 Uhr	Kapitel 15 Soziales und Konsumentenschutz
		Kapitel 16 Sozialversicherung
		Finanzen
	12.00 – 15.00 Uhr	Kapitel 50 Finanzverwaltung
		Kapitel 51 Kassenverwaltung
		Kapitel 52 Öffentliche Abgaben
		Kapitel 53 Finanzausgleich
		Kapitel 54 Bundesvermögen
		Kapitel 55 Pensionen
		Kapitel 58 Finanzierungen, Währungstauschverträge
		Text des Bundesfinanzgesetzes und Stellenplan

Am 13. April 2007 beteiligten sich in der Debatte über den Bereich Oberste Organe die Abgeordneten Dr. Robert **Aspöck**, Herbert **Scheibner**, Dr. Peter **Wittmann**, Karl **Donabauer**, Dr. Eva **Glawischnig-Piesczek**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Barbara **Riener**, Mag. Ruth **Becher**, Gerhard **Reheis**, Franz **Morak**, Dr. Gabriela **Moser**, Mag. Dr. Manfred **Haimbuchner**, Otto **Pendl**, Dr. Günther **Kräuter**, Alois **Gradauer** und Mag. Christine **Lapp**. Die aufgeworfenen Fragen wurden von der Präsidentin des Nationalrates Mag.^a Barbara **Prammer**, der Volksanwältin Rosemarie **Bauer**, dem Präsidenten des Rech-

nungshofes Dr. Josef **Moser** sowie von der Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Heidrun **Silhavy** beantwortet.

In der daran anschließenden Debatte über den Themenbereich Bundeskanzleramt ergriffen die Abgeordneten Alois **Gradauer**, Dr. Michael **Spindelegger**, Herbert **Scheibner**, Dr. Peter **Wittmann**, Dr. Eva **Glawischnig-Piesczek**, Mag. Dr. Manfred **Haimbuchner**, Franz **Morak**, Hannes **Fazekas**, Dieter **Brosz**, Dr. Robert **Aspöck**, Otto **Pendl**, Mag. Elisabeth **Grossmann** und Dr. Elisabeth **Hlavac** das Wort. Bundeskanzler Dr. Alfred **Gusenbauer** und die Staatssekretärin im Bundeskanzleramt Heidrun **Silhavy** beantworteten die aufgeworfenen Fragen.

Darauf folgend meldeten sich zum Themenbereich Sport folgende Abgeordnete zu Wort: Herbert **Kickl**, Peter **Haubner**, Mag. Gernot **Darmann**, Dr. Peter **Wittmann**, Dieter **Brosz**, Wolfgang **Zanger**, Thomas **Einwallner**, Gerhard **Reheis**, Mag. Ulrike **Lunacek**, Mag. Dr. Martin **Graf**, Herta **Mikesch**, Beate **Schasching** und Mag. Johann **Maier**. Die aufgeworfenen Fragen wurden von Bundeskanzler Dr. Alfred **Gusenbauer** und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt Dr. Reinhold **Lopatka** beantwortet.

In der Debatte über den Themenbereich Frauen ergriffen die Abgeordneten Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Maria **Rauch-Kallat**, Mag. Gernot **Darmann**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Mag. Brigid **Weininger**, Leopold **Mayerhofer**, Franz **Morak**, Bettina **Stadlbauer**, Sabine **Mandak**, Wolfgang **Zanger**, Gabriele **Tamandl**, Barbara **Riener**, Renate **Csörgits** und Anna **Höllerer** das Wort. Die aufgeworfenen Fragen wurden von der Bundesministerin für Frauen, Medien und Öffentlichen Dienst Doris **Bures** beantwortet.

An der Debatte am 16. April 2007 beteiligten sich zum Themenbereich Inneres die Abgeordneten Mag. Terezija **Stoisits**, Rudolf **Parnigoni**, Herbert **Scheibner**, Günter **Kölbl**, Barbara **Rosenkranz**, Dr. Elisabeth **Hlavac**, Dr. Peter **Pilz**, Karl **Freund**, Anton **Gaál**, Peter **Haubner**, Hannes **Fazekas**, Anton **Heinzl**, Mag. Johann **Maier**, Astrid **Stadler**, Leopold **Mayerhofer**, Mag. Gisela **Wurm**, Adelheid Irina **Fürntrath**, Otto **Pendl**, Hermann **Gahr**, Ulrike **Königsberger-Ludwig** und Karl **Dobnigg**. Der Bundesminister für Inneres Günther **Platter** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten Dr. Ursula **Plassnik** beantwortete im Anschluss die Fragen zum Themenbereich Äußeres, die von den Abgeordneten Mag. Ulrike **Lunacek**, Dr. Caspar **Einem**, Herbert **Scheibner**, Dr. Wolfgang **Schüssel**, Dr. Reinhard Eugen **Bösch**, Mag. Dr. Wolfgang **Zinggl**, Mag. Andreas **Schieder**, Walter **Murauer**, Dr. Gerhard **Kurzmann**, Mag. Christine **Muttonen**, Maria **Rauch-Kallat**, Bettina **Hradecsní**, Anton **Heinzl**, Franz **Glaser**, Marianne **Hagenhofer** und Petra **Bayr** vorgebracht wurden.

In der daran anschließenden Debatte zum Themenbereich Verkehr beteiligten sich die Abgeordneten Harald **Vilimsky**, Mag. Helmut **Kukacka**, Sigisbert **Dolinschek**, Peter **Marizzi**, Dr. Gabriela **Moser**, Bernhard **Themessl**, Mag. Karin **Hakl**, Wilhelm **Haberzettl**, Barbara **Zwerschitz**, Dr. Ferdinand **Maier**, Gerhard **Steier**, Bettina **Hradecsní**, Ing. Hermann **Schultes**, Gerhard **Reheis**, Thomas **Einwallner**, Alexander **Zach**, Anita **Fleckl** und Gabriele **Binder-Maier**. Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner **Faymann** und die Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie Christa **Kranzl** beantworteten die gestellten Fragen.

Zum Themenbereich Innovation und Technologie meldeten sich die Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Mag. Karin **Hakl**, Ing. Kurt **Gartlehner**, Dr. Alexander **Van der Bellen**, Bernhard **Themessl**, Dr. Gertrude **Brinek**, Veit **Schalle**, Josef **Broukal**, Michaela **Sburny**, Franz **Morak**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dr. Gabriela **Moser**, Anna **Franz**, Mag. Rosa **Lohfeyer**, Mag. Peter **Eisenschenk**, Franz **Kirchgatterer**, Dr. Johann Georg **Schelling**, Alexander **Zach**, Elmar **Mayer** und Karl **Dobnigg** zu Wort. Der Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Werner **Faymann** und die Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie Christa **Kranzl** beantworteten die gestellten Fragen.

Am 17. April 2007 beteiligten sich zum Themenbereich Unterricht die Abgeordneten Mag. Dr. Martin **Graf**, Werner **Amon**, MBA, Ursula **Haubner**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Dieter **Brosz**, Dr. Gerhard **Kurzmann**, Dr. Gertrude **Brinek**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Barbara **Zwerschitz**, Dr. Johann Georg **Schelling**, Josef **Broukal**, Dieter **Brosz**, Mag. Gerald **Hauser**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Mag. Peter **Eisenschenk**, Christian **Faul**, Dr. Franz-Joseph **Huainigg**, Beate **Schasching**, Dipl.-Ing. Klaus Hubert **Auer**, Mag. Christine **Lapp**, Silvia **Fuhrmann**, Mag. Christine **Muttonen**, Anna **Franz**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler**, Franz **Riepl** und Dr. Peter **Sonnberger**. Im Anschluss beantwortete die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Dr. Claudia **Schmied** die aufgeworfenen Fragen.

Zum Themenbereich Kunst ergriffen die Abgeordneten Dr. Gerhard **Kurzmann**, Franz **Morak**, Veit **Schalle**, Mag. Christine **Muttonen**, Mag. Dr. Wolfgang **Zinggl**, Mag. Gerald **Hauser**, Dr. Gertrude **Brinek**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Theresia **Haidlmayr**, Dr. Peter **Sonnberger**, Dr. Elisabeth **Hlavac**,

Mag. Terezija **Stoisits**, Dipl.-Ing. Klaus Hubert **Auer**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Dorothea **Schit-tenhelm** und Mag. Christine **Lapp** das Wort. Im Anschluss beantwortete die Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Kultur Dr. Claudia **Schmied** die aufgeworfenen Fragen.

In der Debatte über den Themenbereich Wissenschaft und Forschung ergriffen die Abgeordneten Dr. Kurt **Grünwald**, Josef **Broukal**, Mag. Gernot **Darmann**, Dr. Gertrude **Brinek**, Mag. Dr. Martin **Graf**, Mag. Dr. Wolfgang **Zinggl**, Bettina **Stadlbauer**, Silvia **Fuhrmann**, Dr. Gerhard **Kurzmann**, Mag. Birgit **Schatz**, DDr. Erwin **Niederwieser**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Dipl.-Ing. Karlheinz **Klement**, MAS, Mag. Andrea **Kuntzl**, Mag. Karin **Hakl**, Mag. Melitta **Trunk**, Mag. Peter **Eisenschek**, Ing. Kurt **Gart-lehner**, Dipl.-Ing. Klaus Hubert **Auer** und Mag. Dr. Beatrix **Karl** das Wort. Der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Johannes **Hahn** beantwortete die Fragen.

Zum Themenbereich Justiz beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Peter **Fichtenbauer**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Mag. Gernot **Darmann**, Dr. Johannes **Jarolim**, Mag. Dr. Wolfgang **Zinggl**, Dr. Robert **Aspöck**, Mag. Peter Michael **Ikrath**, Laura **Rudas**, Dr. Gabriela **Moser**, Mag. Dr. Manfred **Haimbu-chner**, Barbara **Riener**, Otto **Pendl**, Michael **Praßl**, Mag. Ruth **Becher**, Mag. Heribert **Donnerbauer**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Anna **Franz**, Sonja **Ablinger**, Mag. Johann **Maier** und Bettina **Stadlbauer** an der Debatte. Die Bundesministerin für Justiz Dr. Maria **Berger** beantwortete die an sie gerichteten Fragen.

Am 18. April 2007 meldeten sich zum Themenbereich Gesundheit die Abgeordneten Dr. Kurt **Grüne-wald**, Dr. Sabine **Oberhauser**, Ursula **Haubner**, Dr. Erwin **Rasinger**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Theresia **Haidlmayr**, Ing. Erwin **Kaipel**, Karl **Donabauer**, Barbara **Rosenkranz**, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Erwin **Spindelberger**, August **Wöginger**, Petra **Bayr**, Anna **Höllerer**, Maria **Rauch-Kallat**, Michael **Ehmann**, Barbara **Riener**, Beate **Schasching**, Günter **Kölbl**, Mag. Johann **Maier**, Kurt **Eder** und Laura **Rudas** zu Wort. Anschließend beantwortete die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend Dr. Andrea **Kdolsky** die Fragen.

Zum Themenbereich Familie und Jugend stellten die Abgeordneten Barbara **Zwerschitz**, Mag. Andrea **Kuntzl**, Peter **Haubner**, Ridi **Steibl**, Barbara **Rosenkranz**, Karl **Öllinger**, Mag. Elisabeth **Grossmann**, Silvia **Fuhrmann**, Dr. Dagmar **Belakowitsch-Jenewein**, Gabriele **Binder-Maier**, Anna **Höllerer**, Mag. Christine **Muttonen**, Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Jochen **Pack**, Franz **Riepl**, Kai Jan **Krainer** und Laura **Rudas** die Fragen an die Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend Dr. Andrea **Kdolsky**.

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Dipl.-Ing. Josef **Pröll** beantwortete in der Folge die Fragen der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Mag. Kurt **Gaßner**, Sigisbert **Dolinschek**, Fritz **Grillitsch**, Dipl.-Ing. Karlheinz **Klement**, MAS, Dr. Gabriela **Moser**, Gabriele **Binder-Maier**, Jakob **Auer**, Wolfgang **Zanger**, Barbara **Zwerschitz**, Elmar **Mayer**, Franz **Eßl**, Walter **Schopf**, Ing. Hermann **Schultes**, Rosemarie **Schönpass**, Petra **Bayr**, Ulrike **Königsberger-Ludwig** und Mag. Johann **Maier** zum Themenbereich Land- und Forstwirtschaft und Wasserwirtschaft.

Daran anschließend stellten zum Themenbereich Umwelt die Abgeordneten Dr. Ruperta **Lichtenecker**, Petra **Bayr**, Veit **Schalle**, Karlheinz **Kopf**, Dipl.-Ing. Karlheinz **Klement**, MAS, Dipl.-Ing. Dr. Wolfgang **Pirkhuber**, Josef **Muchitsch**, Franz **Hörl**, Wolfgang **Zanger**, Dr. Gabriela **Moser**, Gerhard **Steier**, August **Wöginger**, Katharina **Pfeffer**, Konrad **Steindl**, Ing. Mag. Hubert **Kuzdas**, Norbert **Sieber**, Karl **Dobnigg**, Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler** und Josef **Broukal** an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Dipl.-Ing. Josef **Pröll** Fragen.

Am 19. April stellten in der Debatte zum Themenbereich Militärische Angelegenheiten die Abgeordneten Dr. Peter **Fichtenbauer**, Walter **Murauer**, Sigisbert **Dolinschek**, Anton **Gaál**, Dr. Peter **Pilz**, Dr. Rein-hard Eugen **Bösch**, Werner **Amon**, MBA, Stefan **Prähauser**, Dr. Gabriela **Moser**, Ing. Norbert **Kapeller**, Katharina **Pfeffer**, Lutz **Weinzinger**, Karl **Freund**, Rudolf **Parnigoni**, Peter **Haubner**, Peter **Stauber**, Günter **Kölbl**, Marianne **Hagenhofer** und Bettina **Stadlbauer** Fragen, die vom Bundesminister für Landesverteidigung Mag. Norbert **Darabos** beantwortet wurden.

Zum Themenbereich Wirtschaft meldeten sich die Abgeordneten Mag. Werner **Kogler**, Dkfm. Dr. Hanne **Bauer**, Veit **Schalle**, Dr. Reinhold **Mitterlehner**, Bernhard **Themessl**, Michaela **Sburny**, Josef **Mu-chitsch**, Konrad **Steindl**, Wolfgang **Zanger**, Dr. Ruperta **Lichtenecker**, Franz **Kirchgatterer**, Gabriel **Obernosterer**, Alois **Gradauer**, Peter **Marizzi**, Franz **Riepl**, Dipl.-Ing. Klaus Hubert **Auer**, Mag. Melitta **Trunk**, Karlheinz **Kopf**, Ing. Mag. Hubert **Kuzdas**, Elmar **Mayer**, Herta **Mikesch** und Mag. Ruth **Becher** zu Wort. Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Christine **Marek** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Die Abgeordneten Karl **Öllinger**, Renate **Csörgits**, Ursula **Haubner**, Werner **Amon**, MBA, Herbert **Kickl**, Theresia **Haidlmayr**, Franz **Riepl**, Maria **Grander**, Bernhard **Themessl**, Mag. Birgit **Schatz**,

Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Herta **Mikesch**, Werner **Neubauer**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, August **Wöginger**, Kai Jan **Krainer**, Gabriele **Tamandl**, Walter **Schopf** und Dietmar **Keck** stellten zum Themenbereich Arbeit Fragen. Die Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Christine **Marek** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

Am 20. April 2007 stellten in der Debatte zum Themenbereich Soziales und Konsumentenschutz die Abgeordneten Karl **Öllinger**, Werner **Amon**, MBA, Herbert **Kickl**, Renate **Csörgits**, Ursula **Haubner**, Bernhard **Themessl**, Maria **Grander**, Dietmar **Keck**, Theresia **Haidlmayr**, Alois **Gradauer**, Karl **Donabauer**, Franz **Riepl**, Barbara **Riener**, Walter **Schopf**, August **Wöginger**, Ulrike **Königsberger-Ludwig**, Norbert **Sieber**, Gabriele **Heinisch-Hosek**, Bettina **Hradecsní**, Mag. Johann **Maier**, Johann **Rädler**, Michael **Ehmann**, Mag. Gertrude **Aubauer**, Ing. Erwin **Kaipel**, Dietmar **Keck**, Rainer **Wimmer**, Mag. Ruth **Becher**, Anita **Fleckl**, Sonja **Ablinger**, Christian **Füller** und Mag. Elisabeth **Grossmann** die Fragen. Der Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz Dr. Erwin **Buchinger** beantwortete die aufgeworfenen Fragen.

An der Debatte über den Themenbereich Finanzen meldeten sich die Abgeordneten Mag. Bruno **Rossmann**, Kai Jan **Krainer**, Josef **Bucher**, Dkfm. Dr. Günter **Stummvoll**, Lutz **Weinzinger**, Dr. Ruperta **Lichtenecker**, Marianne **Hagenhofer**, Mag. Peter Michael **Ikrath**, Bernhard **Themessl**, Ing. Erwin **Kaipel**, Gabriele **Tamandl**, Wolfgang **Zanger**, Dkfm. Dr. Hannes **Bauer**, Astrid **Stadler**, Mag. Johann **Maier** und Dr. Gabriela **Moser** zu Wort. Die Fragen beantwortete Vizekanzler und Bundesminister für Finanzen Mag. Wilhelm **Molterer**.

Über die Vorlage wurde kein Einvernehmen erzielt. Der Obmann des Unterausschusses Abgeordneter Jakob **Auer** berichtete dem Budgetausschuss am 20. April über das Ergebnis der Verhandlungen. An der Debatte beteiligten sich die Abgeordneten Gabriele **Tamandl** und Mag. Bruno **Rossmann**.

Bei der Abstimmung wurde der Text des Bundesfinanzgesetzes unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Jakob **Auer** und Kai Jan **Krainer** mit wechselnden Mehrheiten angenommen.

Die Anlage I – Bundesvoranschlag 2007 wurde unter Berücksichtigung der Abänderungsanträge der Abgeordneten Jakob **Auer** und Kai Jan **Krainer** mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Anlage II – Stellenplan für das Jahr 2007 wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Den vom Ausschuss beschlossenen Abänderungsanträgen waren folgende Erläuterungen beigegeben:

Text des Bundesfinanzgesetzes

Zu Z 1:

Die Änderungen von Voranschlagsbeträgen des Bundesvoranschlages bedingen auch Änderungen der Schlusssummen der Einnahmen und Ausgaben bei unverändertem Saldo.

Zu Z 2:

Die Bundesregierung hat in der 7. Sitzung des Ministerrates am 21. März 2007 die Errichtung eines Österreichischen Klima- und Energiefonds beschlossen. Zur Finanzierung dieses Fonds sollen im Rahmen einer bundesfinanzgesetzlichen Ermächtigung für das Jahr 2007 50 Millionen Euro vorgesehen werden.

Zu Z 3:

Ergänzung rücklagefähiger Voranschlagsansätze.

Zu Z 4:

Auf Anregung des Rechnungshofes wird die Bezeichnung der angeführten Paragraphen mit „Währungstauschverträge“ ergänzt.

Zu Z 5:

Redaktionelle Berichtigung.

Kapitel 10: Bundeskanzleramt

Aufgrund der im zweiten Halbjahr 2007 vorgesehenen Übernahme der Betriebsführung des Bundessportheimes Kitzsteinhorn muss der Zuschuss an die Bundessporteinrichtungen GmbH zum Ausgleich für ermäßigte Tarife, die von begünstigten Sportlern bei den Bundessportheimen zu entrichten sind, erhöht werden.

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Die zweckgebundenen Einnahmen aus Grundstückserlösen aufgrund des Verkaufes von Bauhöfen der Wildbach- und Lawinenverbauung auf dem Rücklagenkonto 2980 124 „Bebaute Grundstücke (Kap 60) (2/54602/0001/608)“ in Höhe von 0,661 Millionen Euro sollten für die Errichtung eines Bauhofes in Liezen verwendet werden.

Da nunmehr der Bauhof der Wildbach- und Lawinenverbauung in Liezen von der Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Ennstal angemietet wird, wird der in der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage vorhandene Betrag als Mietzinsvorauszahlung benötigt, wobei die Verrechnung beim Voranschlagsansatz 1/60808 zu erfolgen hat.

Da die Zweckwidmung nicht mehr gegeben ist, handelt es sich um eine Auflösung der Rücklage.

Kapitel 60: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**Kapitel 61: Umwelt**

Die zweckgebundenen Einnahmen aus Grundstückserlösen aufgrund des Verkaufes von Bauhöfen der Wildbach- und Lawinenverbauung auf dem Rücklagenkonto 2980 124 „Bebaute Grundstücke (Kap. 60) (2/54602/0001/608)“ in Höhe von 0,661 Millionen Euro sollten für die Errichtung eines Bauhofes in Liezen verwendet werden.

Da nunmehr der Bauhof der Wildbach- und Lawinenverbauung in Liezen von der Wohn- und Siedlungsgenossenschaft Ennstal angemietet wird, wird der in der zweckgebundenen Einnahmen-Rücklage vorhandene Betrag als Mietzinsvorauszahlung benötigt, wobei die Verrechnung beim Voranschlagsansatz 1/60808 zu erfolgen hat.

Zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgasemissionen und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung Österreichs wird ein Klima- und Energiefonds eingerichtet. Um Auszahlungen an den Fonds tätigen zu können und einen transparenten nachvollziehbaren Mittelfluss zu gewährleisten, sind eigene finanzgesetzliche Ansätze einzurichten.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt, da eine konkrete Aufteilung auf Förderungslinien derzeit noch nicht vorgenommen werden kann, im Wege einer Überschreitungsermächtigung.

Kapitel 63: Wirtschaft und Arbeit

Zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgasemissionen und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung Österreichs wird ein Klima- und Energiefonds eingerichtet. Um Auszahlungen an den Fonds tätigen zu können und einen transparenten nachvollziehbaren Mittelfluss zu gewährleisten, sind eigene finanzgesetzliche Ansätze einzurichten.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt, da eine konkrete Aufteilung auf Förderungslinien derzeit noch nicht vorgenommen werden kann, im Wege einer Überschreitungsermächtigung.

Kapitel 65: Verkehr, Innovation und Technologie

Zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgasemissionen und zur Sicherstellung einer nachhaltigen Energieversorgung Österreichs wird ein Klima- und Energiefonds eingerichtet. Um Auszahlungen an den Fonds tätigen zu können und einen transparenten nachvollziehbaren Mittelfluss zu gewährleisten, sind eigene finanzgesetzliche Ansätze einzurichten.

Die Bereitstellung der Mittel erfolgt, da eine konkrete Aufteilung auf Förderungslinien derzeit noch nicht vorgenommen werden kann, im Wege einer Überschreitungsermächtigung.

Als Berichterstatterin für das Plenum wurde Abgeordnete Gabriele **Tamandl** gewählt.

Der Budgetausschuss stellt somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 2007 in der Fassung der **angeschlossenen Abänderungen** (Anlage 1)

sowie dessen Anlage I – Bundesvoranschlag in der Fassung der **angeschlossenen Abänderungen zu den Kapiteln**

10: Bundeskanzleramt (Anlage 2)

51: Kassenverwaltung (Anlage 3)

60: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft (Anlage 4)

61: Umwelt (Anlage 4)

63: Wirtschaft und Arbeit (Anlage 5)

65: Verkehr, Innovation und Technologie (Anlage 6),

den Anlagen Ia bis Ic – Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den obigen Änderungen ergebenden Abänderungen und

der Anlage II – Stellenplan

(39 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Wien, 2007 04 20

Gabriele Tamandl

Berichterstatterin

Jakob Auer

Obmann